

II-2250 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

XIV. Gesetzgebungsperiode

WIEN, 1977 04 28

Zl.: 11.633/16- I 1 /77

An den

Herrn Präsidenten des
Nationalrates Anton B e n y aParlament
1010 W i e n

1035 IAB

1977 -05- 03

zu 1066 IJ

Gegenstand: Schriftliche parlamentarische Anfrage der
Abgeordneten zum Nationalrat Dr.Hafner
und Genossen (ÖVP),Nr. 1066/J, v.24.3.1977,
betreffend Verleihung des Ingenieurtitels

Die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten
zum Nationalrat Dr.Hafner und Genossen (ÖVP), Nr. 1066/J,
betreffend die Verleihung des Ingenieurtitels, beehre ich
mich wie folgt zu beantworten:

Bescheide des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft,
mit denen Ansuchen um die Verleihung der Standesbezeichnung
"Ingenieur" abgelehnt werden, können beim Verwaltungsgerichts-
hof und allenfalls auch beim Verfassungsgerichtshof angefoch-
ten werden.

Von der Möglichkeit der Anfechtung solcher Bescheide wurde
bereits in mehreren Fällen Gebrauch gemacht. In jenen 3 Fäl-
len, über die bereits abgesprochen wurde, hat der Verwaltungs-
gerichtshof in seinem Erkenntnis vom 17.Dezember 1976,
Zl.1733-1735/76, die Beschwerden gegen die Bescheide des
Bundes⁵ministeriums für Land- und Forstwirtschaft als unbegründet
abgewiesen und bestätigt, daß die Behörde korrekt gehandelt hat.
Die Kritik an der Vollziehung des Ingenieurgesetzes 1973 durch
mein Ressort ist daher unbegründet.

Zu Ihren konkreten Fragen beehre ich mich mitzuteilen, daß der
§ 68 Abs. 2 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1950

die Möglichkeit bietet, Bescheide, aus denen niemand ein Recht erwachsen ist, aufzuheben oder abzuändern.

Wenn die Gründe, die zur Ab- oder Zurückweisung eines Antrages auf die Verleihung der Berechtigung zur Führung der Standesbezeichnung "Ingenieur" geführt haben, weggefallen sind, kann neuerlich ein Ansuchen gestellt werden. Die Vollziehung wird sich hiebei an den höchstgerichtlichen Erkenntnissen orientieren.

Bis 15. April 1977 wurden 20 rechtskräftige Bescheide, mit denen Ansuchen von Förstern ab- bzw. zurückgewiesen wurden, gemäß § 68 Abs. 2 AVG behoben.

Der Bundesminister:

